

- Die Kreistagsfraktion -
Andreas Hölzel, Fraktionsvorsitzender

Werra Rundschau
Eschwege
Witzenhäuser Allgemeine
Witzenhausen

Eschwege, 04. November 2024

Pressemitteilung

Eschwege Die Freien Wähler (FW) im Kreistag Werra-Meißner drängen auf eine bessere finanzielle Ausstattung der Krankenhäuser in Eschwege und Witzenhausen durch den Bund.

Die angestrebten Gesetzesänderungen durch die Bundesregierung sind nach Angaben von Fraktionsvorsitzendem Andreas Hölzel unzureichend.

„Wir fordern die Hessische Landesregierung auf, dem Entwurf des sogenannten Krankenhausversorgungsverbesserungsgesetzes (KHVVG) im Bundesrat nicht zuzustimmen“,

heißt es in einem Resolutionsentwurf, den die Freien Wähler dem Kreistag Werra-Meißner in seiner Sitzung am kommenden Montag in Eschwege vorlegen. Ziel: Verabschiedung einer gemeinsamen EntschlieÙung.

Mit der Erklärung soll erreicht werden, dass die Landesregierung im Vermittlungsverfahren deutliche Verbesserungen für den ländlichen Raum durchsetzt. „Als Bedingung für die Zustimmung des Landes zu dem Gesetz muss ein vollständiger Ausgleich der Inflationslücke der Jahre 2022 bis 2024 durch eine entsprechende Anhebung des Landesbasisfallwertes erreicht werden“, erklärt Hölzel. Weitere Forderungen: Verbesserungen der Vorhaltefinanzierung.

„Angesichts der finanziellen Lage unserer Krankenhäuser sind wir sehr besorgt“, stellt Hölzel fest und erklärt weiter: „Der Kreis als kommunaler Träger muss das Klinikum mittlerweile seit zwei Jahren finanziell massiv stützen.“ Allein für 2023 würden Zahlungen in Höhe von 2,4 Millionen Euro ausstehen, die inzwischen im Gesundheitsministerium angemahnt worden seien und zur Liquidität der Klinik nicht zur Verfügung stünden. Hölzel: „Die Landesbasisfallwerte fangen die seit Jahren steigenden Kosten nicht vollständig auf, es besteht eine strukturelle Unterfinanzierung der Betriebskosten.“ Der FW-Fraktionsvorsitzende rechnet vor, dass die Kosten-Erlös-Lücke aus 2022 und 2023 die Krankenhäuser weiterhin extrem belasten:

„Zwischen den Kostensteigerungen der Jahre 2022 und 2023 und den Preissteigerungen im selben Zeitraum liegen rund sechseinhalb Prozent Differenz. Während die Kostensteigerungen rund 13 Prozent ausmachen, sind die Erlöse nur um rund sechseinhalb Prozent gestiegen.“

Dieses durchschnittliche strukturelle Defizit würden die Krankenhäuser auch in den kommenden Jahren mit sich herumschleppen. „Um die Lücke zu schließen, müssten die Landesbasisfallwerte erhöht werden.“ Das werde auch von den Bundesländern und von der Deutschen Krankenhausgesellschaft gefordert.

gez.

Andreas Hölzel, Fraktionsvorsitzender